

02.11.2010

## Antrag

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Fortschrittmotor Klimaschutz:  
Erlöse aus dem Emissionshandel für den Strukturwandel in NRW nutzen**

### **I. Erlöse aus dem Emissionshandel müssen in Klimaschutz investiert werden**

Der Emissionshandel stellt ein wichtiges Instrument zur Erreichung der europäischen, der nationalen und der NRW-bezogenen Ziele im Klimaschutz dar. Seit Anfang 2008 werden jährlich ca. 40 Millionen, d. h. ca. 10% der EU-Emissionsberechtigungen (EUA) über die Leipziger und Londoner Energiebörsen versteigert.

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel betragen in Deutschland nach Information des Bundesumweltministeriums im Jahr 2008 933 Mio. € und 2009 noch 528 Mio. €, da die Preise der Zertifikate im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise von 23 €/Tonne auf 13 €/Tonne gesunkenen waren. In der kommenden Handelsperiode sieht die geltende Richtlinie 2009/29/EG vom 23. April 2009 zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG zwecks Verbesserung und Ausweitung des Gemeinschaftssystems für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten vollständig harmonisierte Zuteilungsbedingungen in der Gemeinschaft vor. Die Versteigerung der Zertifikate ist insofern ab 2013 das Grundprinzip für die Zuteilung. Ferner sieht die Richtlinie vor, dass angesichts der beträchtlichen Bemühungen, die zum Klimaschutz und zur Anpassung an die unweigerlichen Folgen des Klimawandels erforderlich sind, mindestens 50 % der Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten zu folgenden Zwecken zu nutzen sind: Reduzierung von Treibhausgasemissionen; Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels; Finanzierung von Forschung und Entwicklung zur Emissionsverringerung und Anpassung; Entwicklung erneuerbarer Energieträger.

Der überwiegende Teil der Verschmutzungsrechte wird nicht mehr verschenkt, sondern im Sinne der Effizienz und der Verteilungsgerechtigkeit versteigert werden. Die durch den Emissionshandel generierten Einnahmen werden daher in Zukunft um ein Vielfaches steigen.

Mit seiner industriell geprägten Wirtschaftsstruktur ist NRW das Bundesland mit den meisten vom Emissionshandel erfassten Anlagen. Ein Großteil der Einnahmen durch die Zertifikate, die in den Bundeshaushalt fließen, stammt aus Nordrhein-Westfalen, da ca. 44 % der vom

Datum des Originals: 02.11.2010/Ausgegeben: 02.11.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Emissionshandel erfassten Emissionen in NRW entstehen. Von den bereits 2008 eingenommenen Emissionserlösen stammten 440 Millionen € aus NRW. Von den in Zukunft zu erwartenden Einnahmen des Bundes in Höhe von ca. 10 Mrd. € werden jährlich 4 bis 5 Mrd. € aus NRW kommen. Damit steht NRW vor der großen Herausforderung, Klimaschutzziele mit den wirtschafts- und arbeitspolitischen Erfordernissen des Industriestandorts NRW in Einklang zu bringen.

Der Emissionshandel zählt zu den marktbasierenden Instrumenten, der auf einen behutsamen, aber effizienten Strukturwandel abzielt. Der finanzielle Anreiz zu Emissionseinsparung muss durch eine positive Verstärkung von energieeffizienten und emissionsarmen Technologien flankiert werden, wenn der wirtschaftliche Strukturwandel nachhaltig geschehen soll. Der Abfluss der Einnahmen aus dem Emissionshandel aus NRW an den Bundeshaushalt, welche nur zu einem sehr viel geringeren Umfang zurück geführt werden, steht daher einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik entgegen. Die notwendigen Investitionen in Gebäudesanierung, in Forschung und Entwicklung von emissionsarmen Technologien, in den Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und der dazugehörigen Netze stellen die komplementäre Voraussetzung für den Erfolg des Emissionshandelsmechanismus in NRW dar. Richtige Weichenstellungen beim Emissionshandel können den Klimaschutz zum Fortschrittmotor machen und durch den Ausbau von Arbeitsplätzen in umweltfreundlichen Technologien sog. *Green Jobs* in NRW entstehen lassen.

## II. Beschlüsse:

Der Landtag stellt fest:

- Um die Ziele des Emissionshandels und der klimapolitischen Verpflichtungen nachzukommen, sollten die Einnahmen aus dem Emissionshandel für Projekte im Bereich Klimaschutz verwendet werden.
- Die deutschen Einnahmen aus dem Emissionshandel werden zu einem großen Teil durch die Energiewirtschaft und die energieintensive Industrie in NRW generiert. Zumindest die in NRW generierten Mittel müssen auch in Klimaschutzprojekte in NRW investiert werden, um eine gerechte Lastenverteilung herzustellen.

Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen,

- dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel im Bereich Klimaschutz investiert werden und
- dass die Interessen des Landes NRW in der Verteilung der Erlöse berücksichtigt werden und die zusätzlichen Einnahmen aus der Veräußerung von Emissionsberechtigungen in der dritten Handelsperiode im Rahmen eines Investitionsprogramms insbesondere in die Bundesländer zurückfließen, in denen sie generiert werden.

Norbert Römer  
Britta Altenkamp  
Thomas Eiskirch  
André Stinka

Reiner Priggen  
Sigrid Beer  
Wibke Brems

und Fraktion

und Fraktion